

Verstaatlichung

Das Uniper-Debakel

Ein schneller Abschied des Staates ist undenkbar – bei Uniper ist der Bund gekommen, um zu bleiben.

Von HELMUT BÜNDER, DÜSSELDORF



© dpa

Problemunternehmen: Uniper

Dass Uniper und anderen Gasversorgern die Luft ausgehen würde, ist mindestens seit Anfang Juli absehbar. Damals hat sich die Bundesregierung gegen die naheliegende Lösung entschieden: die Aktivierung einer Notfallklausel. Sie hätte es ermöglicht, die drastisch gestiegenen Beschaffungskosten unmittelbar an die Kunden weiterzugeben – natürlich sozial abgefedert, um die schlimmsten Härten zu verhindern.

Aber dafür fehlte die politische Courage. Statt dessen kam das unsägliche Gezerre um eine angeblich „gerechtere“, alle Kunden gleichermaßen treffende Umlage. Die Regierung hat den Gasverbrauchern Zeit gekauft – aber dafür zahlen die Steuerzahler mit der Kompletterverstaatlichung von Uniper nun einen extrem hohen Preis.

Eigenkapital, Kredite und die Ablösung der Darlehen des Noch-Mutterkonzerns Fortum summieren sich auf unfassbare Größenordnungen. Alles in allem kommen an die 30 Milliarden Euro zusammen – bei einem aktuellen Börsenwert von 1,5 Milliarden Euro. Und die Aussichten bleiben vorerst düster. Wie Uniper-Vorstandschef Klaus-Dieter Maubach vorrechnet, dürften bis zum Jahresende weitere Verluste von rund 10 Milliarden Euro auflaufen, die von Oktober an aber zu neunzig Prozent über die Umlage ausgeglichen würden.

Hoffnung auf Wasserstoff

Noch nie hat es einen solchen Kraftakt zur Rettung eines Unternehmens gegeben. Aber zur Übernahme durch den Bund gibt es in der verfahrenen Lage jetzt keine Alternative mehr. Uniper spielt eine Schlüsselrolle für die gesamte Energieversorgung, nicht nur auf dem Gasmarkt, wo rund ein Viertel des Verbrauchs über den einst von Eon abgespaltenen Ruhrgas-Nachfolger läuft.

Statt Pipeline-Gas aus Russland beschafft der Konzern nun in großem Stil Flüssiggas und baut in Wilhelmshaven das erste deutsche LNG-Importterminal. Auch die Uniper-Kraftwerke sind gefragt wie nie. Sein Kohlekraftwerk in Heyden war das erste, das wieder aus der Reserve geholt wurde. Die Stromerzeugung wirft prächtige Gewinne ab und hilft, die Verluste aus dem Gasgeschäft ein wenig abzumildern. Ob sie nach der Verstaatlichung eine Zukunft im Konzern haben wird, ist allerdings mehr als fraglich.

Das Unternehmen verstromt in erster Linie Gas und Kohle und ist außerdem an mehreren schwedischen Kernkraftwerken beteiligt. Es ist eine Mischung, die mit den energiepolitischen Ansprüchen der Bundesregierung kaum kompatibel sein dürfte. Hoffentlich geht dabei die betriebswirtschaftliche Vernunft nicht verloren. Mit einer überhasteten Abspaltung politisch missliebiger, weil fossiler und nuklearer Geschäfte würde Uniper nur noch tiefer in den Strudel geraten. Eine besonders große Kröte sind die dem Bund zufallenden Beteiligungen in Russland, deren Verkauf derzeit aussichtslos sein dürfte.

Zukunftshoffnungen verbinden sich mit dem Umstieg von Erdgas auf Wasserstoff. Erste Vorverträge sind geschlossen, in Deutschland und den Niederlanden entstehen die notwendigen Import-Infrastrukturen. Dieser Umbau des Energiesystems wird viele Jahre dauern. Schon deshalb ist ein schneller Ausstieg wie im Fall der Lufthansa undenkbar. Der Bund ist gekommen, um lange Zeit zu bleiben.

Quelle: F.A.Z.